



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

d/l: Aus der deutschen Hauptstadt.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus der deutschen Hauptstadt.

Unsere Berliner Geschäftswelt hat gar keine Ursache, auf die Franzosen böse zu sein. Es ist ein öffentliches Geheimniß für unsere Weltstadt, daß Berlin in jeder Beziehung sowohl augenblicklich als nachwirkend durch diesen Krieg gewinnt. Die vielen aus Frankreich, namentlich aus Paris durch Herrn Chevreau und dessen Nachfolger vertriebenen Deutschen haben sich größtentheils nach Berlin gewandt, wo sie ihre Arbeitskraft und nicht selten wohl auch ihr Capital in fruchtbringender Weise anzulegen begonnen haben. Ferner sind seit der nun bald einen Monat lang dauernden Abspernung von Paris ganz massenhaft von allen Weltenden Bestellungen nach Berlin ergangen, die sonst in Paris effectuirt wurden. Berlin ist heute überwiegend Industriestadt, und da unsere Arbeiterbevölkerung durch die vielen Aufträge, welche an Fabrikanten ergehen, reichlich in Nahrung gesetzt wird, ist die Phlogonomie unserer Stadt trotz des Krieges eine durchaus freundliche. Wohlgenährtheit spiegelt sich vergleichsweise mehr als während anderer Winter im Gesicht unserer von der socialdemokratischen Agitation bearbeiteten Arbeiter, und das Unglück der Landwehrfrauen scheint in Berlin selbst noch immer erträglich. Wenn es nun unserer Industrie gelingt, das durch die Umstände gewonnene Terrain zu behaupten, so wird auch der Absatz des Zollvereins, d. h. des deutschen Reichs, eingerechnet Luxemburg, nach Frankreich ein stärkerer werden als bisher, ganz abgesehen von der zu starkem Verkehr zwischen den beiden Ländern nothwendig hindrängenden Annexion der elsässer Fabrikdistricte.

Ja Luxemburg! Sein von Allen gewünschter Anschluß an Deutschland bildet vorzugsweise den Gesprächsgegenstand unserer Berliner, wenn sie hohe Politik treiben. Vom Bombardement der Stadt Paris zu reden erscheint dagegen fossil, in die Steinzeit oder Kennthierperiode gehörig. Nächst dem Luxemburger Neutralitätsbruch treten dann in den Vordergrund für unsere Kannegießer die Verhältnisse zu Oestreich, von welchen man seit der Pontusfrage spricht. Von Rivalität mit Wien, das jetzt nicht mehr die Eine Kaiserstadt ist, kann man bei unseren Berlinern keine Spur finden. Die beiden Städte üben ja fast gar keine Concurrrenz gegeneinander. Die Metropole der Intelligenz namentlich ist niemals eifersüchtig auf die Capitale des Vergnügens gewesen, da man sich beruhigt fühlt in der allgemein gekannten Thatsache, daß an Einwohnerzahl und Bedeutung der Industrie, Berlin der Donaufstadt schon lange den Rang abgelaufen hatte.

Sehr viel Werth auf seine künftige Würde als Kaiserresidenz legt Berlin

keineswegs. Alle Fremden, die im Laufe der letzten Wochen die Hauptstadt berührten, wunderten sich, daß die Kaiserproclamation und die Bündnisverträge zur deutschen Verfassung von der Stadt, die aus diesen Neugestaltungen den größten Vortheil zieht, kühl bis ans Herz hinan aufgenommen wurde. Freilich, Berlin ist fortschrittlich und die Blätter sowie die Abgeordneten der Fortschrittspartei hatten sich ja gegen das neue Reich in seiner jetzigen Form ausgesprochen. Und der Berliner läßt sich wohl von seiner Zeitung oder von den „Männern des Volks“ imponiren, aber niemals von der Regierung.

Das ist aber nicht schlimm gemeint. Wie sehr die radicalen Strömungen in Berlin zurückgewichen sind, erkennt man daraus, daß in demjenigen Wahlkreise Berlins, der bisher als der politisch „vorgesrittenste“ galt, an Stelle des zur Wiederwahl vorgeschlagenen Jacoby ein angestellter Prediger in den preußischen Landtag gewählt werden konnte, ein Diener des Wortes an Stelle eines spinozistischen Socialisten. Wer weiß aber, ob es so gekommen wäre, wenn Jacoby's unfreiwilliges Martyrium in Löben fortgedauert hätte. Der Berliner ist der beste Mensch von der Welt, auch gegen die Regierung, wenn er nur durch deren Eingreifen nicht „unnütze Behelligung“ erfährt. Der Berliner will nicht, wie der Pariser, mit eiserner Faust im Sammethandschuh angefaßt sein, sondern er will sich gar nicht anfassen lassen, und je mehr unsere Regierung diesen Zug des norddeutschen Wesens anerkennt, dadurch, daß sie die bureaukratischen Regeln der Bevormundung immer mehr in den Hintergrund treten läßt, desto weniger wird sie den Radicalismus zu fürchten haben, der nur als Correlat zu der gleichfalls importirten Centralisation aus Frankreich eingeführt war. Diesem Kriege wird es vor allem zu danken sein, wenn von Berlin aus und in Berlin das deutsche Leben anfangen wird, sich seine eigenen Bahnen zu brechen.

Wie sehr erfreulich im Allgemeinen unser Parteileben sich schon jetzt unter den kriegerischen Eindrücken gestaltet hat, zeigte auch die bisherige Stimmung des Abgeordnetenhauses. Die Socialdemokraten und ihr eigenthümlicher Genosse im Reinsagen, Herr Ewald, die bei dem Gesetz über die neue Hundertmillionenanleihe und bei der endgiltigen Entscheidung über die deutsche Verfassung durch ihre acht Stimmen den Einklang der anderen parlamentarischen Fractionen störten, fehlen im preußischen Abgeordnetenhaus. Die Fortschrittspartei aber, welche mit ihren zweiunddreißig Voten sich im Norddeutschen Reichstag gegen die Genehmigung des norddeutsch-bayerischen Verfassungsvertrages erklärt hatte, scheint innerhalb der Repräsentation des preußischen Staates eine gewisse Mäßigung beobachten zu wollen. Natürlich, wegen den bevorstehenden Reichstagswahlen; denn die alten Parlamentarier haben hinreichende Nerven für die Wahrnehmung, daß ihr negi-

rendes Auftreten im letzten Reichstag bei vielen Wählern, selbst hier in Berlin, am sichersten Standorte der Partei, unangenehmen Eindruck hinterlassen hat. Ist ja doch der hohe Grad von unpolitischem Verhalten, welcher darin lag, den bayrischen Vertrag ablehnen zu wollen, auch dem blödesten Auge klar, jetzt, nachdem die Mehrheit der zweiten Kammer in München sich so sehr zweideutig zu den Vereinbarungen von Versailles gestellt hat. So sucht denn die Fortschrittspartei jene im öffentlichen Bewußtsein erlittene *capitis deminutio* jetzt dadurch zu repariren, daß sie theils mit dem Abgeordneten Löwe in der Sitzung vom 21. Dec. sich bereit erklärt hat, die einzelnen Etatsposten zu bewilligen, auch ohne daß ihren Ansprüchen Genüge geleistet wird, theils durch den Abgeordneten Richter für die allgemein gewünschte Abschaffung der Zeitungsteuer sich ausdrücklich erklärte. Freilich hat sich die Thätigkeit des preußischen Landtages bis jetzt nur in wenigen Plenarsitzungen geäußert. Nach der Eröffnung am 14. December fand am 16. December die Wiederwahl des bisherigen Bureaus statt, wobei die ausnahmslose Einstimmigkeit mit der Forckenbeck auf den Präsidentenstuhl erhoben wurde, überraschte. Der Finanzminister überreichte an demselben Tage das trotz des Krieges ohne Deficit, vielmehr mit namhaften Ueberschüssen abschließende Budget in der Höhe von 178 Millionen, und andere staatswirthschaftliche Gesetze, namentlich ein Indemnitätsgesuch für die unter v. d. Heydt zu anderen als den gesetzlich bewilligten Zwecken verausgabten Summen der preußischen Eisenbahnleihe von 1867. Nachdem die Commissionen sich mit ihren Anstrengungen möglichst beeilt, fand am 21. Dec. die erste Budgetdebatte statt. Die allgemeinen Ausgaben für Kronstdeicommiß und Landtag, sowie der Etat des Staatsministeriums und der Ministerien für Handel, Justiz und Landwirthschaft wurden bewilligt, nachdem in der Generaldebatte Herr Camphausen sich bereit erklärt, nach Eintritt friedlicher Zustände die Mängel unserer Finanzverfassung zu beseitigen, „welche uns das Unglück erkennen gelehrt“, und in der Specialdiscussion Herr Leonhardt unter Heiterkeit des Hauses auf einige ihm hingeworfene Fragen befriedigende Aufschlüsse gegeben. Mit Erstaunen bemerkte man die Ungenirtheit, mit welcher beide Minister über ihre Vorgänger sich äußerten; das war gar nicht bureaukratisch! Wie gesagt, es tritt allmählich, aber doch endlich, der bureaukratische Sinn in unserem Staatsgeist immer weiter zurück. Wie auffallend war z. B., daß nicht Herr von Mühler, sondern Gulenburg den Landtag auf speciellem Allerhöchsten Befehl eröffnet hat! Nach den bisher geltenden Satzungen mußte in Abwesenheit des Ministerpräsidenten und des der Anciennetät nach ersten Ministers von Roon, Herr von Mühler als der zweitälteste Ressortminister dieser Ehre theilhaftig werden! Ausdrücklich ist der Herr übergangen worden, und mehr als einen Schluß hat hieraus die öffentliche Meinung unserer Re-

sidenz ziehen wollen, welche durch verschiedene Vorkommnisse letzter Zeit, wie namentlich durch dem Joachim'schen Fall, stark gegen den Cultusminister eingenommen ist.

Ob in Wahrheit in jenem Uebergehen (welches, wenn es einem Offizier widerführe, herkömmlich zur Folge haben müßte, daß die betreffende Persönlichkeit um ihren Abschied nachsucht) die Schatten künftiger Ereignisse zu sehen sind, muß die nächste Erfahrung lehren. Der Etat des Unterrichtsministeriums ist noch nicht zur Berathung gekommen, und man ist gespannt auf den Ausgang der betreffenden Debatten, die wohl die interessantesten der Session sein werden. Bei der eigenthümlichen Coincidenz der im Landtag sitzenden und für den Reichstag zu wählenden Persönlichkeiten läßt sich erwarten, daß mancher Landbote, der Vertreter des deutschen Volks werden will, im Ringelstechen nach dem Mühler'schen Mohrenkopf den Preis zu gewinnen suchen wird. Wer aber bei uns Deputirter ist, möchte es meist gern für immer und in jedem Falle bleiben, lieber als die Abgeordneten in einem andern Lande. Es liegt einmal im Charakterzug unseres Volkes, daß jede, auch nur mit einer gewissen Dauer ausgeübte öffentliche Thätigkeit sofort als Amt aufgefaßt wird. Bei Aemtern aber soll nach kerndeutscher Auffassung Immobilität bestehen oder von den Beamten zu erreichen gesucht werden. Viel Gutes und viel Schattenseiten unsrer öffentlichen Dinge hängen mit dieser Vorstellung zusammen.

Uebrigens ist im gegenwärtigen preussischen Landtage wohl die Hälfte der Mitglieder neu gewählt, namentlich die katholische Fraction, welche bis in die Conflictszeit hinein im Landtage geblüht hatte und dann auf einmal verschwunden war, ist — Dank der Anstrengungen unserer Ultramontanen — mit neun Namen wieder aufgelebt. Was dieselbe in einem Staat will, der seinen Katholiken ein größeres Maß von rechtlicher und factischer Freiheit gewährt, als seinen Protestanten, ist nicht recht klar; es müßte denn die katholische Demokratie sein, welche der geistliche Rath Müller als das Ziel des deutschen Ultramontanismus neuerdings in einer Versammlung seiner Berliner Getreuen aufgestellt hat. Das scheint aber auch nicht der Fall zu sein, denn Herr Müller selbst ist nicht gewählt, und ein großer Theil derjenigen Abgeordneten, welche in katholischen Wahlkreisen des Rheinlands gewählt sind, hat sich im Gegentheil der freiconservativen Richtung angeschlossen. Diese Fraction, welche von der officiellen Wahlstatistik auf nur 36 Mitglieder angefaßt war, hat durch Zutritt verschiedener Neugewählter die Zahl von 59 Mitgliedern erreicht. Unter den Neuzugetretenen befindet sich auch der aus dem Reichstag bekannte Dr. Friedenthal, einer der im October nach Versailles berufenen „Parlamentsulanen“, und der Anführer der Grundbesitzerpartei, Herr Eisner von Gronow. Ob für den neuen Reichstag eine

ebemäßige Verstärkung dieser ursprünglich aus gemäßigten konservativen und altliberalen Elementen zusammengewachsenen Partei und der Nationalliberalen zu erwarten ist, steht dahin, läßt sich aber bei dem für Mittelparteien günstigen Zuge der Reform, der in unser deutsches öffentliches Leben gekommen ist, wohl erwarten.

Auch unsere konservativen Elemente tragen dem Geiste der Zeit Rechnung. Nachdem sie sich im Laufe der Jahre 1867—69 allmählich, aber schwer, an das früher von ihnen verpönte Wort National gewöhnt haben, ergreifen sie seit zwei Monaten in der Kreuzzeitung und in parlamentarischer Rede die Idee des Staatenhauses aus der verwunschenen Reichsverfassung von 1849. Sogar im Herrenhause konnte man bei Gelegenheit der Verathung über die an Kaiser Wilhelm nach Versailles zu entsendende Adresse von unseren Ultratorles Lanzen für das Staatenhaus brechen sehen. Mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung beginnen jetzt auch die Männer, die sich bisher unterzeichneten: „Allerdings kein Freund von Constitution“, für Erweiterung und Befestigung parlamentarischer Institutionen in Deutschland zu agitiren.

d/1

Albert Oppermann's letztes Werk.

Von Karl Braun.

I.

Albert Oppermann's, des unermüdeten Rechtsfreundes und Abgeordneten, des Publicisten und Historikers, des Novellisten und Pamphletisten*) letztes Werk ist ein weit angelegter culturhistorischer Roman, genannt „Hundert Jahre“, weil es in der That während des ganzen lehtabgelaufenen Jahrhunderts, von 1770 — 1870, spielt.

Ob wir die großen Romane von Karl Gutzkow, Berthold Auerbach und Gustav Freytag hatten, zehrten wir in Deutschland von dem Abfall der französischen Tafel. Wer kennt bei uns noch „den Grafen von Monte Christo,“ oder „die drei Muskettere der Königin“ von Alexander Dumas, dem Vater? Jeder, der nicht von Haus aus oder vermöge seiner Stellung darauf angewiesen ist, sich um französische Literatur speciell zu kümmern, darf heut

*) Ueber Oppermann's Leben und Wirken siehe C. Braun, Bilder aus der deutschen Kleinstaaterei. Neue Folge (Berlin, Kortkamp 1870), Bd. II. S. 281—294.